

BRANDENBURG

Schwere Vorwürfe gegen das Schulamt

Personal Lehrer-Quereinsteiger halten dem Land Brandenburg vor, sie bei der Stellenvergabe an der Nase herumzuführen. Das Bildungsministerium in Potsdam räumt bedauerliche Fehler ein. *Von Mathias Hausding*

Im Kampf gegen den Lehrermangel in Brandenburg sind Seiteneinsteiger unverzichtbar. Doch auch geeignete Quereinsteiger sind zunehmend rar. Greift das Land zu unlauteren Tricks, um Personal für unattraktive Schulen zu gewinnen? Diesen Vorwurf erheben zwei Lehrkräfte. Hier ist ihre Geschichte.

Der eine Mann ist Thomas Greske, „Sie können meinen richtigen Namen schreiben. Als Skat-Meister bin ich sowieso im Internet zu finden“, sagt er. Der andere Lehrer hat Brandenburg, tief frustriert vom Umgang des Schulamts Cottbus mit ihm, wieder den Rücken zugekehrt. Er arbeitet jetzt im Schuldienst eines anderen Bundeslands und möchte nicht, dass sein Name in diesem Text auftaucht. Er soll deshalb hier Fabian Berger heißen.

Beide Männer haben zahlreiche Mails und Schriftstücke vorgelegt, unter anderem die Stellenanzeige, auf die sie sich beworben haben und mit der alles anfang. Gesucht wurden Lehrer für Mathematik beziehungsweise Geschichte am Gymnasium in Forst (Spree-Neiße). Beide Bewerber erhielten eine Zusage. Am 1. Februar 2022 sollte es losgehen. Einsatzort: Gymnasium Forst.

Extra Umzug aus Bonn

In den Wochen davor fragten sie telefonisch und per Mail bei der Schule immer mal nach, wann es denn genauere Informationen für ihren Start gibt – und wurden vertröstet. Vor allem Fabian Berger wollte es genau wissen. Ein knappes Jahr zuvor hatte er nämlich schon einmal eine Zusage des Schulamts Cottbus für eine Lehrer-Stelle erhalten, bis sich herausstellte, dass es diese Stelle doch nicht gab. Alles in Ordnung, er müsse sich keine Sorgen machen, teilte man ihm nun aus Forst mit.

Also zog Fabian Berger von Bonn in Nordrhein-Westfalen

nach Forst in die Lausitz, suchte sich eine Wohnung, was natürlich mit Kosten verbunden war. Als beide Männer im Gymnasium Forst schließlich zum Dienst antraten, teilte ihnen die Schulleitung mit, dass es für sie an dem Gymnasium keine freien Stellen gibt.

Sie waren guter Hoffnung, dass sich die Sache noch klärt. Zunächst standen für sie sowieso Unterrichts-Hospitationen an, die sie an der Schule wahrnahmen. Drei Wochen nach dem Start erklärte ihnen aber das Schulamt, dass für sie andere Einsatzorte gefunden werden müssten, weil es an dem Forster Gymnasium keine freien Stellen gebe.

Berger soll also wieder umziehen, was er aus Kostengründen ablehnt. Nach einigem Hin und Her blieb ihm nur die Option, an eine Oberschule in Döbern zu gehen. Für Thomas Greske wurde es eine Gesamtschule in Cottbus. Wohlgermerkt, Bewerbung und Zusage galten für ein Gymnasium. „Die Atmosphäre und der Anspruch an der Oberschule waren problematisch und entsprachen in keiner Weise meinen Erwartungen, die mit der Stelle am Gymnasium verbunden waren“, sagt Fabian Berger.

Für beide Männer drängt sich ein Verdacht auf: Schreibt das staatliche Schulamt systematisch Stellen aus, die es nicht gibt, um Seiteneinsteiger anzulocken und sie dann an andere, weniger attraktive Schulen zu versetzen? Fabian Berger richtete diesen Vorwurf der „Bauernfängerei“ per Mail direkt an das Schulamt. Das Bildungsministerium weist ihn zurück. „Als im Februar 2022 in Forst mehr Lehrkräfte eingestellt wurden, als Stellen an der Schu-

Die Stellen am Gymnasium, die ausgeschrieben waren, gab es plötzlich nicht mehr.

Lehrer-Seiteneinsteiger Thomas Greske, Skat-Meister und studierter Maschinenbauer, musste Brandenburg gegen seinen Willen verlassen und unterrichtet jetzt in Berlin.

Foto: Thomas Greske



Unterricht am Gymnasium: Handwerkliche Fehler beim Schulamt werfen die Frage auf, ob in Brandenburg genug gegen den Lehrermangel getan wird. (Symbolbild)

Foto: Daniel Karmann/dpa

Kommentar

Sabine Rakitin
zum Ausbau von
Ganztagsschulen



Form ist nicht gleich Inhalt

In Brandenburg gibt es bislang 118 Grundschulen mit Ganztagsangebot. Aber auch weiterführende Schulen bieten Kindern und Jugendlichen Ganztagsbetreuung an. Insgesamt gilt etwa die Hälfte aller Brandenburger Schulen – ob öffentlich oder in freier Trägerschaft – als Ganztagschule. Die Zahl erhöht sich, wenn man bedenkt, dass die Grundschulen in Brandenburg flächendeckend mit Horten kooperieren. Insofern dürfte die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler ab dem Schuljahr 2026/27 durchaus erreichbar sein. Die 119 Millionen Euro, die bis dahin in die Schulgebäude und deren Ausstattung investiert werden können, sorgen für bessere Bedingungen.

Doch damit ist es nicht getan. In einer guten Ganztagschule werden Kinder und Jugendliche individuell gefördert, indem ihre unterschiedlichen Ausgangslagen, Stärken und Interessen berücksichtigt werden. Der Unterricht und die außerunterrichtlichen Bildungsangebote sind eng miteinander verbunden. Doch in den Schulen fehlen massenhaft Lehrer. Und Ehrenamtliche, die außerhalb des regulären Unterrichts für Ganztagsangebote gebraucht werden, sind bereits während der Corona-Zeit zuhause abgesprungen. Sie zu ersetzen, ist eines der größten Probleme.

Millionen für die Schule

Förderung Brandenburg investiert in Ausbau der Ganztagsbetreuung.

Potsdam. Für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Brandenburger Schulen und Horten stellt der Bund öffentlichen und freien Trägern 83,3 Millionen Euro zur Verfügung. Förderfähig seien Investitionen für Neu- und Umbau oder Erweiterung von Gebäuden sowie der Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, teilte das Bildungsministerium mit. Die Mittel können auch für die Ausstattung bewilligt werden. Mit dem Eigenanteil von Land, Kommunen und freien Trägern würden in Brandenburg rund 119 Millionen Euro investiert, hieß es. Bildungsminister Steffen Freiberg (SPD) erklärte, der Rechtsanspruch der Eltern von Grundschulern auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 solle in Brandenburg mit bedarfsgerechten Angeboten erfüllt werden. *epd*

Kommentar

8830 ausreisepflichtige Ausländer

Potsdam. In Brandenburg haben Ende des vergangenen Jahres rund 8830 ausreisepflichtige Ausländer gelebt, knapp 1900 weniger als ein Jahr zuvor. Von ihnen waren nach vorläufigen Zahlen etwa 4430 vollziehbar ausreisepflichtig, wie Innenminister Michael Stübgen (CDU) auf eine mündliche Anfrage aus der AfD-Landtagsfraktion mitteilte. Die Meldungen der Ausländerbehörden waren demnach noch unvollständig. Ende 2022 hatten 4550 Menschen den Status vollziehbar ausreisepflichtig, ihre Asylanträge waren endgültig abgelehnt worden. Für

die meisten Flüchtlinge lag eine letztinstanzliche Gerichtsentcheidung für die Abschiebung vor.

Laut Ministerium verfügten Ende 2023 fast 7000 Geflüchtete über den Status geduldet. Bei ihnen besteht die Ausreisepflicht grundsätzlich weiter, sie ist lediglich ausgesetzt, etwa, wenn kein Ausreisepflichtdokument vorliegt, es keine direkte Flugverbindung in das Heimatland gibt oder bei Krankheit. Zu den Ausreisepflichtigen gehören auch Ausländer, die keinen Asylantrag gestellt haben, wie etwa Straftäter, deren Ausweisung verfügt worden ist. *dpa*

Ver.di legt Bus und Bahn in Brandenburg lahm – wie geht es weiter?

Potsdam. Während Mütter und Väter, die ihre Kinder am Freitag zur Schule chauffieren mussten, in vielen Orten in Brandenburg Stress hatten, sagt Jens Gröger: „Ich bin zu 100 Prozent zufrieden“. Er ist Verhandlungsführer der Gewerkschaft Ver.di in Brandenburg. Und die hat 14 Unternehmen des ÖPNV für 24 Stunden bestreikt. „Selbst in Betrieben, wo wir skeptisch waren, war die Beteiligung hoch“, sagt Gröger. Mal sei einer von 50 Bussen aus dem Depot gerollt, mal seien es zwei gewesen.

Fahrer fordern die Abschaffung des „zuschlagsfreien Arbeitszeit-

korridors“. Bislang gibt es, wenn sie in einer Woche bis zu 45 Stunden arbeiten, keinen Zuschlag – obwohl 39 Stunden vertraglich vereinbart sind. „Das wird durch die Schichtplanung in anderen Wochen ausgeglichen“, hält Jens Schubert, Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV), dagegen.

Eine weitere Forderung: Dienstleistung mit 15 Euro zu vergüten. Diese Teilung spiele besonders in ländlichen Gebieten eine Rolle, wo nur der Schulbus verkehre, sagt Gröger. Wenn der Fahrer etwa morgens seine Runden drehe, dann mehrere Stunden

Pause habe und abends wieder antrete. 13 Stunden darf die Gesamtzeit maximal betragen. Bislang gibt es 2 Euro pro geteiltem



Auch die Mitarbeiter vom Cottbusverkehr waren zum Warnstreik aufgerufen. *Foto: dpa*

Dienst. Der KAV will 5 Euro drauflegen. Dafür solle laut Gröger die maximale Schichtlänge auf 14 Stunden erhöht werden. Das ist einer der Gründe, warum der KAV-Angebot „Gruselkatalog“ nennt. „Wir reden hier auch über Sicherheit“, betont er. KAV-Chef Schubert bestreitet nicht, dass sich etwas tun müsse. Dennoch sei der Warnstreik nicht nachvollziehbar. „Wir hatten am 1. Februar einen Verhandlungstermin, der ist von Ver.di abgesagt worden“, kritisiert er. Am 14. Februar gibt es einen weiteren Termin. Bis dahin werde nicht gestreikt, versichert Gröger. *mw*